

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.13 - 58. Jahrgang

21. Juni 2008

Thema der Woche:

Bildung als Aufgabe des Bundes

Ein nationaler Bildungsgipfel ist eine gute Idee - nur wollen offenbar die unionsregierten Länder da nicht mitmachen und beharren auf ihren Zuständigkeiten. Deshalb wird für den Herbst lediglich ein "Qualifizierungsgipfel" vorbereitet, der den Schulbereich fast vollständig ausspart. Was wir aber brauchen ist nicht ein Zuständigkeitsstreit, sondern sind übergreifende Vereinbarungen zur Verbesserung des Bildungssystems in Deutschland. Wir als SPD-Bundestagsfraktion erwarten substantielle Vereinbarungen zu allen Bildungsbereichen. Vor allem muss endlich eine verbindliche Vereinbarung von Bund und Ländern zur nachhaltigen Steigerung der Bildungsfinanzierung erreicht werden. Deutschland muss mittelfristig wieder 7 Prozent des BIP für Bildung aufwenden.



Swen Schulz ist Sprecher der SPD-Landesgruppe im Bundestag.

Der Bildungsgipfel hilft nur, wenn daraus eine nationale Bildungsoffensive erwächst. Eine gemeinsame, nationale Anstrengung für bessere Bildung scheitert heute am Kooperationsverbot des Grundgesetzes. Bei den Beratungen zur Föderalismusreform I war es die SPD-Bundestagsfraktion, die die Möglichkeit zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern wenigstens im Bereich der Hochschulen durchgesetzt hat. Unsere Forderung nach einer Kooperationsmöglichkeit auch in der Schulpolitik ist jedoch am harten Widerstand der meisten Länder und der CDU/CSU-Fraktion gescheitert. Wer wie jetzt Bildungsministerin Schavan von der Bildungspolitik als "nationale Aufgabe" spricht, muss sich nun auch für mehr Möglichkeiten des Bundes in der Bildung einsetzen. **Swen Schulz** □

SPD-Landesparteitag:

„Unsere gemeinsame Stärke“

SPD-Delegierte diskutieren Landes- und Bundespolitik

Reden des SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller, des Parteivorsitzenden Kurt Beck, die Neuwahl des Landesvorstands sowie die Beratung von Anträgen stehen auf der Tagesordnung des Landesparteitags an diesem Sonntagabend. Zur bundespolitischen Entwicklung liegt eine Resolution des SPD-Landesvorstands vor: „Aufstieg und Gerechtigkeit - unsere gemeinsame Stärke“.

Zwar habe sich in den zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungsarbeit viel zum Positiven verändert, für einen Wahlerfolg 2009 brauche es aber „mehr als eine gute Regierungsbilanz“, heißt es im Resolutionsentwurf.

Der vorsorgende Sozialstaat sei ein moderner Generationenvertrag, so der SPD-Landesvorstand. Kindergeld und Kinderfreibeträge müssten „alle Eltern gleich entlasten“, in ganz Deutschland müsste es Kita- und Schulesen ohne soziale Ausgrenzung geben. „Das beste Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut ist eine existenzsichernde Erwerbsarbeit der Eltern.“

Rentenpläne:

„Für die, die nicht mehr können“

Teilzeitrente federt Übergang für stark belastete Arbeitnehmer ab

Besonders belasteten und hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll die Chance auf einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand eingeräumt werden. Das SPD-Präsidium hat dazu am Montag vorgeschlagen, bessere individuelle Entscheidungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

Für einen überschaubaren Zeitraum sei es arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, die Förderung von Altersteilzeit fortzuführen. Eine Förderung des Personalabbaus in den Unternehmen mit Beitragsmitteln lehnt die SPD allerdings ab. Die Förderung durch die BA soll befristet bis zum Jahr 2015 dann



Landespartei tag der Berliner SPD: Ab 9 Uhr tagen die Delegierten im Congress Centrum am Alexanderplatz. Foto: Horb

Die Berliner SPD bekräftigt in der Resolution zudem ihre Einschätzung, dass die Teilprivatisierung der Bahn ein schwerer politischer Fehler sei. Besonderes Augenmerk bei der Sicherung der Daseinsvorsorge müsse jetzt dem Energiesektor gelten.

Abgestimmt wird am Nachmittag auch über die Frage, ob es künftig politische Bezirksämter in Berlin gibt oder ob und in welchem Umfang die jeweilige BVV-Minderheit am Bezirksamt beteiligt wird. **BS** □

erfolgen, wenn ein Unternehmen frei werdende Stellen mit Ausbildungsabsolventen

IN DIESER AUSGABE

ZÖLLNER: STIFTUNG ALS MODELL	SEITE 3
NETZWERK SELBST AKTIV	SEITE 8
STAFFELT: ILA ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR	SEITE 10

und -absolventinnen in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen besetzt. Für Kleinbetriebe ist zu prüfen, ob eine Förderung auch dann möglich ist, wenn Auszubildende eingestellt werden. Zudem soll das Instrument der Teilrente stärker genutzt werden. **BS** □

Lissabon-Vertrag:

„Herber Rückschlag für Europa“

Dagmar Roth-Behrendt: Ratifizierungsprozess fortsetzen

Als "herben Rückschlag für Europa" hat die Berliner SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt den Ausgang des irischen Referendums zum Vertrag von Lissabon bezeichnet. Die europäische Gemeinschaft werde damit "in eine schwere Krise" gestürzt. Zugleich forderte sie die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses.

Nachdem bereits 18 Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Vertrag ratifiziert haben, erwartet Roth-Behrendt von den Staats- und Regierungschefs nun eine Antwort darauf, wie es weitergehen soll: „Es ist schwer zu verstehen, dass ein einziges Land 26 andere Staaten mit einem solchen Referendum daran hindert, die Europäische Union demokratischer, sozialer und handlungsfähiger zu machen.“

Dagmar Roth-Behrendt sieht nun vor allem Irland in der Pflicht zu erklären, wie es seine Zukunft in der EU sieht: „Irland muss über seine Rolle und seinen Verbleib in der Europäischen Union nachdenken.“



Fordert die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses: die SPD-Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt
Foto: SPD

„Der Ratifizierungsprozess sollte nun fortgesetzt werden, um ein klares Zeichen der reformwilligen Staaten zu setzen. Fest steht, dass die EU mit dem Vertrag von Nizza nicht länger handlungsfähig ist und auch zukünftige Erweiterungen damit ausgeschlossen sind“, so Dagmar Roth-Behrendt. **PM** □

Lissabon-Vertrag:

Soziales Europa im Vordergrund

Positionspapier von Mark Rackles zu den Folgen des Referendums

„Die SPD/SPE sollte klarer und expliziter als bisher die Forderung nach einer politischen Union - dem sozialen Europa - in den Vordergrund ihrer Europapolitik stellen. Die politische Leitidee muss stärker als bisher aus dem Tagesgeschäft heraus scheinen.“ Diese Forderung erhebt Mark Rackles, Landeskassierer der Berliner SPD und Mitglied im Fachausschuss Europäische Angelegenheiten nach dem irischen Referendum.

In einem Positionspapier, das am Montag auch im SPD-Landesvorstand diskutiert wurde, stellt Rackles fest: „Ohne breite Information und Einbeziehung der Bevölkerung und ohne mindestens ein klares Identifikationsprojekt (wie etwa ein konkretisiertes „soziales Europa“ für die SPD/SPE) für die europäische Öffentlichkeit werden die Zustimmungquoten zur EU weiter abnehmen.“ Derzeit sieht er eine „nachhaltige Asymmetrie zwischen dem Handeln der politischen Eliten (national/ EU) und der Bevölkerung.“

Rechtspolitisch rücke der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit seiner Rechtsprechung zum Binnenmarkt und zu Grundrechten in der letzten Zeit in den Vordergrund einer kritischen europapolitischen Debatte. Während dabei in Deutschland und den skandinavischen Ländern die Ur-

teile etwa zum Vergaberecht und Tarifrecht im Vordergrund standen, bestehe in Ländern wie Irland aus anderen Gründen (z. B. Abtreibungsrecht), aber mit gleichen Folgen eine erhöhte Skepsis gegenüber der Autorität des EuGH und der Reichweite seiner Rechtsprechung. Rackles Folgerung: „Der Spielraum für das europäische Richterrecht muss so weit wie möglich eingeschränkt werden; dies kann z.B. durch Präzisierungen im Primärrecht (z.B. Entsenderichtlinie im Fall des Vergaberechts) erfolgen.“

Kurzfristig sei es sinnvoll, so Rackles, dass keine Starre und keine „Denkpause“ wie 2005 eintrete; dies könne durch eine Fortführung des Ratifizierungsprozesses in der EU gelingen, worauf insbesondere Deutschland und Frankreich drängen. „Sollten Ende 2008 26 von 27 Mitgliedstaaten ratifiziert haben, wird über eine Sonderbehandlung Irlands zu verhandeln sein“, so Mark Rackles. Aus Sicht der SPD/SPE könnte hier insbesondere die Frage eines Sozialprotokolls bzw. eine Erklärung zur Sozialunion von übergeordnetem Interesse sein. Dies könnte dann auch zu gegebener Zeit ein erneutes Referendum in Irland rechtfertigen. **U.H.** □

➔ Das vollständige Papier im Internet: http://medien.spd-berlin.de/_download/2008-06_Rackles_EU.pdf

POLITIK PERSÖNLICH

Georg Kühne wurde von seiner Abteilung Nikolsburg für seine 80jährige Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie geehrt. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit nahm die Ehrung vor. Als Kind aus einer sozialdemokratischen Familie kam Georg Kühne bereits im Alter von 8 Jahren 1928 zu den Kinderfreunden. Klaus Wowereit



reit wies auf den hohen Erfahrungsschatz von Georg Kühne hin, dessen politische Jugendjahre in das Ende der ersten deutschen Demokratie fielen und der in den letzten Wahlkämpfen gegen die wachsende nationalsozialistische Bedrohung aktiv anging. Auch nach der Machtübernahme blieb er in den sozialdemokratischen Netzwerken aktiv und ging mit anderen aus dem Freundeskreis der Kinderfreunde zunächst in den Wassersportverein Havel/Tiefenwerder und dann in den (ehemaligen) Arbeitersportverein Collegia. Nach dem Ende der Nazidiktatur gehörte Georg Kühne zu den ersten Sozialdemokraten, die sich zum Wiederaufbau der Partei in Berlin zusammenfanden und trat 1946 der SPD in Charlottenburg wieder bei. Seit seinem Umzug 1959 nach Wilmersdorf gehörte er der Abteilung Nikolsburg an und ist immer ein aktiver Genosse geblieben.

Ulrike Sommer, Beisitzerin im Landesvorstand, hat gegenüber dem SPD-Kreisvorstand Spandau ihre Bewerbung für ein Bundestagsmandat angekündigt. Auch der bisherige Bundestagsabgeordnete Swen Schulz kandidiert wieder. □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Tag der Offenen Tür



Tag der Offenen Tür im Berliner Abgeordnetenhaus: Am Stand der SPD-Fraktion war Zeit zum Gespräch mit den Abgeordneten und dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Bis zum Abend wurde hier und im benachbarten Bundesrat ein buntes Programm aus Information und Unterhaltung geboten. Den Fragen der Bürger stellte sich unter anderen Abgeordnetenhaus-Präsident Walter Momper (SPD). Der israelische Gesandte Ilan Mor war aus Anlass des Themenschwerpunkts Israel ebenfalls zu Gast im Abgeordnetenhaus. Foto: Mario Monk

Stiftungsgründung:

„Modell für Deutschland“

Prof. Jürgen Zöllner: Exzellentes Sprungbrett geschaffen

Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung (Memorandum of Understanding) zur Gründung einer Stiftung zur Förderung exzellenter Forscher am 9 Juni 2008 haben die Präsidenten der Berliner Universitäten, der außeruniversitären Einrichtungen in Berlin und ich ein Sprungbrett geschaffen, von dem Berlin in die Spitze internationaler Wissenschafts- und Forschungsstandorte springen kann. Die Stiftung trägt zunächst den Arbeitstitel Stiftung „Berlin International Forum for Excellence“.

Auf der Basis meines Vorschlags verständigten sich die Präsidenten und ich darauf, eine gemeinsame Stiftung aller Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu gründen.

Diese Stiftung soll die besten Wissenschaftler Berlins und ihre gemeinsame Arbeit mit Topwissenschaftlern aus aller Welt zusätzlich fördern. Insbesondere die gezielte institutionsübergreifende Nachwuchsförderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird die Möglichkeiten der Universitäten entscheidend verbessern.

Jeder Wissenschaftler und jedes Projekt, das die Stiftung fördert, erhält das Label der Stiftung, das damit zu einem Qualitätssiegel für exzellente Wissenschaft in der ganzen Welt werden soll.

Das Land wird diese Stiftung aus der Forschungsoffensive des Berliner Masterplans „Wissen schafft Berlins Zukunft“ mitfinanzieren. Dafür stehen in den nächsten Jahren durchschnittlich 40 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Betrag mit dem man alleine ca. 20 Sonderforschungsbereiche oder mehr als 80 zusätzliche Professuren mit Ausstattung finanzieren könnte. Es entspricht bei einer Kapitalstiftung einem Stiftungskapital von rund einer Milliarde Euro.

Die Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bringen



Setzte seinen Vorschlag für die Gründung einer Stiftung zur Förderung exzellenter Forscher durch: Berlins Bildungsminister Prof. Jürgen Zöllner.

Foto: Horb

sich im Umfang geförderter Projekte und Wissenschaftler mit ein. Außerdem soll die Stiftung private Zustiftungen einwerben.

Übrigens fließt aus der Ausbildungs-offensive des Masterplans die gleiche Größenordnung in die Verbesserung der Lehre an den Universitäten und Fachhochschulen. Das belegt, wie wichtig uns die Ausbildung hochqualifizierter junger Menschen ist. Nur wenn wir Breite und Spitze gleichzeitig fördern, werden wir unser Ziel erreichen, die Berliner Wissenschaft auf Augenhöhe zu den weltweit renommiertesten Wissenschaftsstandorten zu heben. Die vielen Studenten aus anderen Ländern belegen, dass Berlin ein sehr attraktiver Studienort ist. Wir werden dafür sorgen, dass dies noch ausgebaut wird.

Die Verantwortlichen in Wissenschaft und Forschung in Berlin können stolz darauf sein, eine Stiftung zu schaffen, die es in dieser Form noch nicht gibt. Mit einem Erfolg der Stiftung haben wir es in der Hand, die Bundeshauptstadt zu einem der wichtigsten Forschungsstandorte der Welt zu machen, sowohl für etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wir schaffen aber auch ein Modell für Deutschland. Prof. Dr. Jürgen Zöllner □

Europa & Berlin:

Ökologische Industriepolitik

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die gleichzeitige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen ist eine zentrale politische und gesellschaftliche Herausforderung der nächsten Jahrzehnte.

Um diese erfolgreich bestehen zu können, bedarf es eines Miteinanders von Politik, Zivilgesellschaft und Industrie. Deshalb laden Dagmar Roth-Behrendt und die SPD Berlin am 2. Juli 2008 um 19 Uhr zu einer Podiumsdiskussion in den Konferenzsaal des Europäischen Hauses Unter den Linden 78 ein, um die Möglichkeiten einer ökologischen Industriepolitik in Berlin und Europa zu diskutieren.

Als Diskussionsteilnehmer stehen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, die Berliner Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt, Prof. Dr. Hubert Weiger (Präsident des BUND) und Dr. Eric Schweitzer (Präsident der IHK) zur Verfügung. BS □

➔ Im Anschluss gibt es einen kleinen Imbiss und die Gelegenheit zu Gesprächen. Die Einladung gibt es unter www.dagmar-rothbehrendt.de

Berlin 08:

Politikinteressierte Jugend

Zu „Berlin 08“, dem „Festival für junge Politik“ haben sich am vergangenen Wochenende ca. 11.000 politisch interessierte Jugendliche aus ganz Deutschland in der Berliner Wuhlheide einge-



Jusos beim Festival Berlin 08.

funden, um zu diskutieren, Neues zu planen, ihre Projekte zu präsentieren, engagierte Bands zu hören, spannende Podiumsdiskussionen zu verfolgen und sich über Parteien, Organisationen und Initiativen zu informieren.

Zahlreiche SPD-Abgeordnete nutzten die Gelegenheit zum Gespräch, die Berliner Jusos waren an gleich drei Workshops, die über das Wochenende verteilt in zwei gemeinsam mit dem Juso-Bundesverband betreuten Info-Zelten stattfanden, maßgeblich beteiligt. BS □

Gedenken:

Menschenwürde schützen

Glietsch: Verneigung vor den als „asozial“ Verfolgten

"Wir verneigen uns vor denen, die als sogenannte 'Asoziale' verfolgt und verneigt wurden." So lauteten die bewegendsten Schlussworte des Berliner Polizeipräsidenten Dieter Glietsch auf der Gedenkveranstaltung vor dem Arbeitshaus Rummelsburg.

Anlass des Gedenkens war die am 13.6.1938 begonnene zweite und größte Aktion "Arbeitsscheu Reich" durch die NS-Sicherheitspolizei. In der Woche bis zum 18. Juni 1938 verschleppte die Kriminalpolizei circa 10.000 Menschen in die KZ's.

Lothar Eberhardt, vom „Arbeitskreis Marginalisierte - gestern und heute“ und Moderator der Gedenkveranstaltung bedauerte, dass ein sichtbares Zeichen zur Erinnerung an die Marginalisierten in der NS-Zeit, die sogenannten Asozialen, auf dem Gelände des Investorenareals der Wasserstadt Rummelsburg nicht zu finden sei. „Die ehemaligen Verwaltungsgebäude des Arbeitshauses Rummelsburg drängen sich als Denkort für die vergessene NS-Opfergruppe der ‚Asozialen‘ förmlich auf.“

Polizeipräsident Dieter Glietsch stellte in seiner Rede an der "Stätte des Grauens" heraus: „Ausgrenzung und Verfolgung und die Verstrickung der Polizei in die nationalsozialistischen Verbrechen dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung dar-

an muss wachgehalten werden, auch und gerade in der Polizei.“ Glietsch: „Vor dem Hintergrund der Rolle, die die Polizei in der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gespielt hat, müssen wir in der Aus- und Fortbildung unserer jungen Kolleginnen und Kollegen Einstellungen, Überzeugungen und Werte vermitteln, die über Faktenwissen zu gesellschaftlichen Themen und zur Geschichte weit hinaus gehen.“ Es gehe vor allem anderen um die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die von Polizeibeamten nicht nur zu achten, sondern zu schützen sei - „und zwar gegen jede Form der Missachtung oder Verletzung, und gegenüber Jedermann.“

Im Grußwort von Kulturstaatssekretär André Schmitz wurde das „geschichtspolitische Engagement“ der Initiatoren gewürdigt. „Heute, 63 Jahre nach der Befreiung von der Herrschaft der Nationalsozialisten und fast 60 Jahre nach Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, dessen Jahrestag wir im kommenden Jahr begehen, haben wir noch längst nicht einen Stand erreicht, wo wir uns zurücklehnen könnten und sagen, es ist alles erforscht und aller Opfer ist in angemessener Weise gedacht. Es bedarf noch vieler Anstrengungen und eines großen Engagements.“ **BS/PM □**

Diskussion:

„Chance der europäischen Sozialisten“

Das soziale Europa - Zukunftsprojekt der europäischen Sozialdemokratie

Ein Europa, das die Globalisierung sozialer und gerechter gestalten will - das bleibt die wesentliche sozialdemokratische Zukunftsaufgabe. Auf einer Tagung über "Das soziale Europa" im Willy-Brandt-Haus bekannten sich hochrangige Diskussionssteilnehmer zu diesem Ziel.

Nach einer Eröffnungsrede von Parteichef Kurt Beck sprachen Walter Veltroni, Vorsitzender der Demokratischen Partei Italiens, und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer über die Perspektiven und Aufgabenstellungen für die Linke in Europa. Im zweiten Teil hielt Poul Nyrup Rasmussen, SPE Parteivorsitzender, eine beeindruckende Rede über die globalisierten Finanzmärkte und die Pflicht und Chance der europäischen Sozialisten, diese Märkte besser zu kontrollieren und zu regulieren.

Kurt Becks Eröffnungsworte, die Europäische Union sei "unsere gemeinsame Chance in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts Fortschritte für Frieden, Wohl-

stand und soziale Gerechtigkeit in Europa sowie darüber hinaus zu erzielen", wurden in allen Beiträgen aufgenommen. Insbesondere die bekannte These, Europa sei unsere Antwort auf die Mängel der wirtschaftlichen Globalisierung, wurde diskutiert. Dabei zeigten sowohl die Beiträge von Veltroni und Sommer, als auch die der Diskutanten der ersten Runde, welche Bedeutung die europäische Politik gerade für die Wahrung nationalstaatlicher Interessen hat. Wer verhindern will, dass das Europäische Sozialmodell zugunsten der liberalisierten Märkte zu einem Minimalkonsens verkommt, muss Europa und das Europäische Parlament stärken, natürlich vor allem die sozialdemokratische Seite. Nur sie setzt sich dafür ein, dass die mühsam auf nationaler Ebene errungenen Sozialstandards erhalten und auf europäischer Ebene ausgebaut werden können. Und nur das könnte helfen, Werksschließungen wie jüngst bei Nokia durch Verlagerung in ein anderes europäisches Land zu verhindern.

Stadtplanung:

Soziales Kapital für Spandau

Ab Mitte 2008 beginnt die neue Förderrunde "Lokals Soziales Kapital". Darauf weisen der Spandauer Abgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Raed Saleh sowie der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) hin. Bis 2013 werden bis zu je 10.000 Euro an Projekte vergeben, die die Entwicklung von Beschäftigungschancen in den Stadtteilen zum Ziel haben.

Insgesamt werden jährlich bis zu 100.000 Euro ausgeschüttet, finanziert aus Mitteln der Europäischen Union und des Landes Berlin. Die Entscheidung über die Vergabe der Mittel trifft das Bezirksliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit (BBWA), soweit sie sich als förderfähig herausstellen.

"Wir sind froh, dass die Fortsetzung dieses erfolgreichen Programms gesichert werden konnte", sagen Saleh und Schulz. "Wir wollen das Programm engagiert weiter vorantreiben. Nötig ist dafür natürlich, dass es bekannt ist und alle eine Chance zur Teilnahme erhalten. Darum machen wir darauf aufmerksam und beraten Interessenten auch gerne." **BS/PM □**

➔ Nähere Informationen bei der SPD Spandau, Tel. 333 71 65 sowie im Internet unter <http://www.loskap-berlin.de/>

Parteiprofil:

Die Partei der sozialen Gerechtigkeit

Wolfgang Thierse zu Umfragen, falschen Diskursen und dem Erscheinungsbild der SPD

Was ist nur los mit unserer Partei? Die Umfragewerte sinken auf ein Rekordtief. Der Mitgliederschwund, in den 90er Jahren begonnen, hält an. Die Stimmung unter den Mitgliedern verfinstert sich. Zukunftsängste machen Mandatsträger nervös, der Streit nimmt zu und bei nicht wenigen die Ratlosigkeit auch. Ein professoraler Schlaumeier hat schon, mit viel Krokodilstränen, einen Nachruf auf die SPD als Volkspartei geschrieben. Wahrlich, unsere Partei gibt gegenwärtig kein gutes Bild ab. Was ist nur los?

Da haben wir vor einem halben Jahr einen Parteitag gehabt mit vernünftigen Beschlüssen und Personalwahlen, die eine geschlossene Partei zeigten. In Hamburg wurde auch - nach jahrelanger inhaltlicher Diskussion - ein neues Grundsatzzprogramm verabschiedet, das weit besser, weil stringenter und konkreter, ist als das der CDU (die Linkspartei hat vorsichtshalber gar keins).

GUTE ARBEIT GELEISTET

Unsere Minister in der Bundesregierung machen gute Arbeit. Es gibt 1,7 Mio. Arbeitslose weniger, auch und gerade wegen der Politik der SPD. Wir haben einen Finanzminister, der die unsoziale Verschuldung absenkt. Wir haben einen Arbeitsminister, der mit Zähigkeit und Geschick für Mindestlöhne kämpft.

Wir haben in den vier wichtigen Politikfeldern - Staatsfinanzen, Steuergerechtigkeit, Mindestlohn, Gesundheit - die Deutungshoheit. Wir haben einen Außenminister, der mit Leidenschaft und Augenmaß für Deutschlands internationale Friedensverantwortung einsteht. Aber all dies nutzt uns in den Umfragen nichts! Es gibt schlechte Politik, die gut verkauft wird. Bei der SPD ist es derzeit leider andersherum.

ZU VIEL STREIT UM PERSONEN UND KOALITIONEN

Was ist nur los mit unserer Partei? Es hat in den letzten Monaten zu viele, viel zu viele Ärgernisse, zu viel Streit um Personen und Koalitionen gegeben. Ich will nicht alle Beispiele von Undiszipliniertheit und mangelnder Solidarität aufzählen, weil dann meine Wut wieder wächst. Aber wenn ein SPD-Landesminister oder ein Sprecher eines Parteiflügels unseren Parteivorsitzenden unqualifiziert öffentlich attackieren, dann ist das unerträglich. Wenn dieser oder jener Wichtigtuer in unserer Partei,



Wolfgang Thierse.

Foto: SPD-Fraktion

wenn dieser oder jener spin-doctor wichtiger Parteileute in Hinterzimmer-Gesprächen oder bei Mund zu Mund-Beatmungen Journalisten gegen den gemeinsamen Parteivorsitzenden munitionieren, dann ist das ebenso unerträglich. Das schadet am Schluss auch denen selbst, weil es vor allem der gesamten Partei schadet!



Idee mit Anziehungskraft: Neumitglieder auf dem SPD-Zukunftskonvent in Nürnberg. Foto: Paeche

Wenn notwendiger Streit in der Sache (z. B. bei der Bahnprivatisierung oder bei der Verlängerung des ALG I) auf unangenehme Weise personalisiert wird, dann werden wir nicht aus der Defensive kommen! (Die nicht sonderlich mit uns sympathisierenden Medien sind begeistert von solchem Verhalten.)

WIR LASSEN UNS FALSCHER DISKURSE AUFDRÄNGEN

Eines unserer Probleme ist, dass wir uns immer wieder die falschen Diskurse aufdrängen lassen. Etwa die ewige Frage: Wie halten wir es mit der Linkspartei? Das lenkt von unseren Stärken ab. Und auch davon, dass die Linkspartei zu zentralen Fragen nichts Wesentliches beizutragen hat. Mehr Schulden machen ist eben keine wirklich linke Politik, ein unrealistisch hoher Mindestlohn von 8,50 Euro ist nicht durchsetzbar.

Die SPD sollte sich auf die Debatte um Koalitionen nicht mehr einlassen und vielmehr die Inhalte ihrer Politik in den Vordergrund stellen. Unsere Partei hat sich für 2009 auf ein Nein zur Linkspartei festgelegt. Dabei soll es auch bleiben. Aber müssen wir dies tatsächlich geradezu gebetsmühlenhaft ständig wiederholen?

Dass zu dieser Frage von Franz Müntefering nochmals ein Beschluss gefordert wurde, just an dem Tag, als die SPD ihr Steuerkonzept vorgestellt hat, zeigt doch, wie die Partei und ihre Protagonisten selbst für das Verschwinden wichtiger politischer Inhalte sorgen. (Selbst wenn wir jede Woche vor dem Hochaltar von CDU/CSU und FDP und des Springerkonzerns niederknien und der Linkspartei mit heiligen Eiden abschwören, es wird uns nichts helfen, sie werden uns mit ihrer Kampagne weiterhin verfolgen und in die defensive Ecke zu drängen versuchen!)

NEUERLICHE SCHÄRFUNG UNSERES PROFILS

Um aus der Defensive herauszukommen, hilft nur eins: Neuerliche Schärfung unseres Profils als Partei der sozialen Gerechtigkeit, denn dies ist und muss der Kern unserer Identität bleiben. Was das heute und morgen bedeutet, darüber sollten wir in der Partei und mit den Bürgern diskutieren.

Wenn auch in Deutschland die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, brauchen wir mehr Steuer- und Abgaben-

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5
gerechtigkeit. Genau dafür hat die SPD zu ihrem Zukunftskonvent in Nürnberg ein Konzept vorgelegt. Wenn die Löhne unter dem Globalisierungsdruck sinken, brauchen wir Mindestlöhne.

Unabhängig von allen globalen Zwängen können wir unser (Zwei-Klassen-)Bildungs- und Gesundheitssystem zu mehr Gerechtigkeit hin verändern. Wie notwendige Haushaltskonsolidierung und ebenso notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung sich verbinden lassen; wie vorhandene Kinderarmut und (gerade in Ostdeutschland) drohende Altersarmut erfolgreich zu bekämpfen sind; wie Belastungen und Chancen bei Steuern und Ab-

gaben bei Einkommen (Manager-Gehälter!) und Bildung gerechter zu verteilen sind; wie die (finanzielle) Handlungsfähigkeit des Sozialstaats verteidigt und zukunftsfähig gemacht werden kann; wie eine Politik ökologischer Vernunft und ökologischer Solidarität auszusehen hat angesichts der Verknappung von Ressourcen und des dramatischen Anstiegs der Energiepreise; wie die Liberalität einer offenen Gesellschaft und eine Kultur der Anerkennung in einer in jeder Hinsicht pluralen, bunten Gesellschaft verteidigt und entwickelt werden kann - all das sind Themen und Aufgaben, zu denen die SPD Vorschläge und Konzepte vorgelegt hat bzw. an denen sie arbeitet. Das alles gehört ins Zen-

trum der innerparteilichen Diskussion und ins Gespräch mit den Bürgern!

Reden wir über Politik, zeigen wir, dass die SPD eine Volkspartei ist und bleibt!

**MEHR DISZIPLIN UND
SOLIDARITÄT**

Beweisen wir, dass wir Solidarität nicht nur predigen, sondern auch solidarisch handeln! Ohne mehr Disziplin, ohne neue Geschlossenheit, ohne Solidarität aller, vor allem aber der führenden Genossinnen und Genossen untereinander, werden wir aus der Defensive, aus dem gegenwärtigen Tief nicht herauskommen. Es ist notwendig und es ist möglich! **Wolfgang Thierse**

SPD Konzept:

Wege aus der Kinderarmut

SPD-Präsidium verabschiedet „Aktionsplan für gleiche Lebenschancen“

Das SPD-Präsidium hat jetzt einen "Aktionsplan für gleiche Lebenschancen" mit zehn Maßnahmen gegen Kinderarmut beschlossen. Mit den zehn Handlungsansätzen verpflichtet sich die SPD, auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut zu unternehmen.

Deutschland sei eines der reichsten Länder der Erde und der Wohlstand noch nie so groß gewesen wie heute, heißt es in dem Beschluss. Mit Sorge müsse jedoch festgestellt werden, "dass die Chancen eines Kindes auf Bildung, gesunde Entwicklung, Teilhabe und Selbstbestimmung immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen". Das wolle die SPD ändern. Das Ziel sei gleiche und gute Lebensbedingungen für alle Kinder.

Mit den zehn Handlungsansätzen beendet die SPD die oft vorherrschende Praxis, dass Probleme zwischen den politischen Handlungsebenen verschoben und nicht gelöst werden. Jede Ebene muss den ihr möglichen und sinnvollen Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut leisten. Dazu haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Kommunen, Ländern und Bund auf die folgende Aufgabenverantwortung verständigt:

**SCHRITTE GEGEN KINDERARMUT
IN KOMMUNEN**

Wir schaffen flächendeckend Netzwerke für gesundes Aufwachsen! Um Familien, die durch besondere Risiken belastet sind, früh unterstützen zu können, wird die SPD die Jugendämter zu Dienstleistern weiterentwickeln, die Eltern unterstützen, begleiten und ihnen als Partner zur Seite stehen. Neben einer besseren personellen und finanziellen Ausstattung

geht es darum, die Einrichtungen der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, der Bildung, aus dem bürgerschaftlichen Engagement, von Polizei und Justiz sowie die Wohlfahrtsverbände und Kirchen besser zu vernetzen.

Wir wollen für alle Kinder ein gesundes Mittagessen bereitstellen! Die SPD strebt an, in Kommunen, in denen sie politische Verantwortung hat, allen Kindern ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Dazu müssen Kommunen zuerst die notwendige Infrastruktur aufbauen.

Wir bauen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren aus! Weil in Eltern-Kind-Zentren Kinder nicht nur gefördert werden, sondern auch bessere Bildungschancen erhalten, will die SPD Schulen und Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. "Elternarbeit und Erziehungsarbeit in den Kindertagesstätten und Schulen muss verknüpft werden", heißt es dazu im Beschluss.

**UNSERE SCHRITTE GEGEN
KINDERARMUT IN DEN LÄNDERN**

Wir verbessern die Betreuungsqualität! Um die Betreuungsqualität zu verbessern werden sozialdemokratisch regierte Länder eine Reihe von Maßnahmen durchführen, um einen "Qualitätsschub" in Kindertagesstätten und der Tagespflege auszulösen. Dazu gehören Maßnahmen, wie z.B. die Qualifizierung für Erzieherinnen und Erzieher, Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Umsetzung eines verbesserten Betreuungsschlüssels.

Wir garantieren gebührenfrei Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule! Weil für die SPD selbstverständlich ist, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf,

setzt sie sich für eine gebührenfrei Bildung - und zwar von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Hochschule - ein.

Wir werden gleiche Bildungschancen schaffen! Um Chancengleichheit in der Bildung zu erreichen, wollen die SPD-geführten Länder sich dafür einsetzen, dass Ganztagschulen ausgebaut werden, eine weitgehende Lernmittelfreiheit gewährleistet wird und für Schulabbrecher zweite und dritte Chancen zur nachholenden Qualifizierung geschaffen werden.

**UNSERE KONKRETEN SCHRITTE
GEGEN KINDERARMUT IN DER
BUNDESPOLITIK!**

Wir wollen den Familienleistungsausgleich gerechter gestalten und mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern investieren! Als Grundsatz gilt, dass jedes Kind gleichviel wert ist. Daher will die SPD das System der Kinderförderung umbauen, so dass Reiche durch Steuerentlastung nicht mehr stärker gefördert werden.

Wir leiten die Regelsätze stärker vom Bedarf ab und werden den Schulmittelbedarf besser abdecken. Für die SPD ist klar, dass die Regelsätze für Leistungen nach SGB II für Kinder neu gestaltet werden sollten. Außerdem muss eine stärkere Staffelung nach Alterstufen sowie die Verkürzung der Anpassungszeiträume mittels Einkommens- und Verbrauchstichproben geprüft werden. Kurzfristig will die SPD ein Schulmittelbedarfspaket von ca. 100 Euro pro Schuljahr für bedürftige Kinder einführen.

Wir kämpfen weiter für Kinderrechte im Grundgesetz!

Als gesamtstaatliche Aufgabe schlagen wir die Einberufung einer Nationalen Kinderkonferenz vor. **PM** □

„Sicht auf beide Seiten“

Jusos und Young-Fatah im Gespräch

40 Delegierte der palästinensischen Young-Fatah, der IUSY-Partnerorganisation der Jusos, haben Berlin besucht.

Der Anknüpfung am 3. Juni waren intensive Vorbereitungen vorausgegangen, um die vorläufig letzte Phase des Projekts "Jugend für einen demokratischen Wandel" mit den Juso-Landesverbänden Schleswig-Holstein, NRW, Baden-Württemberg und Berlin durchzuführen. Maßgeblich organisiert vom Willy-Brandt-Center in Jerusalem hatten Anita Tiefensee, Anja Blanke und Andreas Bodemer die Organisation in Berlin übernommen und für die TeilnehmerInnen ein vielseitiges Programm zusammengestellt. Dazu gehörten Treffen mit Thomas Oppermann (MdB), Andrea Nahles (MdB), Niels Annen (MdB) und Canan Bayram (MdB) sowie ein Besuch im Berliner Abgeordnetenhaus.

In Seminaren im Willy-Brandt-Haus über die inhaltliche und organisatorische Arbeit beider Organisationen konnten die Delegierten einen Einblick gewinnen in die Bedingungen und praktischen Aspekte politischer Arbeit in Deutschland.

Dank des persönlichen Einsatzes von Mario El Feghali als Übersetzer fand der Austausch nicht nur auf der Arbeitsebene statt. Die Palästinenser versuchten uns zu



Andreas Bodemer (3. von r.), Kreissprecher der Jusos Friedrichshain-Kreuzberg, mit Mitgliedern der Delegation aus Palästina am Flughafen.

vermitteln, was es bedeutet, in einem besetzten Land zu leben und durch oft willkürliche Kontrollen der israelischen Sicherheitskräfte schikaniert zu werden. Dabei wurde aber außergewöhnlich differenziert argumentiert, Israelis wurden nicht mit Juden gleichgesetzt und die Diskussionen waren nicht von Emotionen geleitet.

Das Verständnis für das Leid und die Anliegen der Palästinenser unsererseits darf aber auf keinen Fall dazu führen, die Angst der Israelis vor Bombenanschlägen und Raketenbeschuss auszublenden. Beides gehört zu einem Konflikt, der nur durch die mühsame Arbeit moderater, friedensorientierter Kräfte auf beiden Seiten gelöst werden kann.

Andreas Bodemer □

SPD Mitte:

Licht und Schatten

Diskussion über die Hartz-IV-Grundsicherung

Das Thema lockte viele Bürgerinnen und Bürger in das Vereinshaus des BSC Rehberge: Zu einer Diskussionsveranstaltung über die Grundsicherung nach dem SGB II (Hartz IV) hatten die Abteilungen Rehberge, Schillerpark und die AfA der SPD Mitte eingeladen.

In seinem Eingangreferat erläuterte Frank Kirstan, stellvertretender Berliner AfA-Landesvorsitzender, dass mit der Zusammenlegung der früheren Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe im Grundsatz die richtige Entscheidung gefallen sei. Dadurch wurde die "echte" Erwerbslosigkeit von über 5 Mio. (Januar 2005) für alle sichtbar offengelegt.

Allerdings hält er die erhebliche Verschärfung der Zumutbarkeit bei der Arbeitsvermittlung und die sogenannten 1-Euro-Jobs mit Mehraufwandsentschädigung (§ 16 Abs.3 Satz 2 SGB II) für den falschen Weg. Stattdessen sollten die Arbeitsgelegenheiten mit Sozialversicherung und die berufliche Weiterbildung stärker genutzt werden sowie eine bessere Qualifizierung für das Fallmanagement in den



Bruni Wildenhein-Lauterbach, Margrit Zauner und Frank Kirstan. Foto: Lassere

Jobcentern (Arbeitsgemeinschaften) erfolgen. Ausdrücklich begrüßte Kirstan, dass es trotz aller Kritik an der Arbeit der Jobcenter gelungen ist, inzwischen auch die Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren.

Margrit Zauner, stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion der BVV Tempelhof Schöneberg, kritisierte die handwerklichen Fehler bei der Errichtung der Jobcenter. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der die Mischverwaltung aus Kommune und Bundesagentur für Arbeit für verfassungswidrig erklärte, bestätigte dies in trauriger Weise.

PM □

FRAKTION INTERN

Flyer I: Gemeinsam - nicht getrennt!

Das ist der Titel des im Juli 2008 neu erscheinenden Flyers der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses. Im Flyer wird begründet, warum der gemeinsame Ethikunterricht in Berlin der richtige Weg ist und warum wir das Volksbegehren "Pro Reli" ablehnen.

Gerade bei der Vermittlung von Werten sollten wir die Schülerinnen und Schüler nicht nach Religionszugehörigkeit separieren und die Klasse spalten. Nein, nicht Moslems für sich, Christen für sich, Juden für sich - nicht jeder für sich allein. Gemeinsam muss die Auseinandersetzung erfolgen über die Grundüberzeugungen und Werte, die unsere Gesellschaft überhaupt zusammenhalten. Werte wie Toleranz, Gewaltfreiheit, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Solidarität. Das würde bei einem von den Kirchen geforderten Wahlpflichtfach entfallen, bei dem Ethik und Religionsunterricht parallel laufen.

Im Flyer wird aber auch verdeutlicht, dass sich der Ethikunterricht nicht gegen die Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften richtet. Sie sind von uns zur Kooperation aufgerufen. Aus unserer Sicht ist es der richtig, den gemeinsamen Werteunterricht aller Schülerinnen und Schüler durch die Beiträge der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften zu bereichern.

Flyer II: Wir handeln - jetzt! Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die rot-rote Koalition ein umfassendes Antragspaket in das Abgeordnetenhaus eingebracht. Die insgesamt sieben Anträge unter dem Motto "Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz" setzen dem Senat ambitionierte Ziele und fordern aktives Handeln ein.

Nach den Beratungen in verschiedenen Fachausschüssen des Parlaments sind die Anträge bis Februar 2008 vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden. Auch die Oppositionsparteien haben viele Vorgaben unterstützt, die meisten Anträge wurden einstimmig angenommen. Berlin setzt damit Maßstäbe.

Der jetzt ebenfalls erscheinende Flyer "Wir handeln - jetzt!" erläutert die im Bereich der Klimapolitik gefassten Entscheidungen. Außerdem werden in dem Flyer konkrete Praxisbeispiele beschrieben - zum Beispiel das neue Windrad, die Energie-Sparpartnerschaften und die Position der SPD-Fraktion zum Neubau des Kraftwerks Klingenberg.

TM □

Beide Flyer sind - auch in größeren Stückzahlen - kostenlos über Pressestelle der SPD-Fraktion zu beziehen. Tel. 23 25 22 40

Selbst aktiv:

Experten in eigener Sache

Netzwerk "Selbst Aktiv" beim Zukunftskongress der SPD in Nürnberg

Am Rande, aber nicht im Abseits, trafen sich die aus der ganzen Bundesrepublik angereisten Mitglieder vom Netzwerk "Selbst aktiv" am 31. Mai 2008 beim Zukunftskongress in Nürnberg.

Das Netzwerk wurde am 13. März 2002 in Berlin gegründet und seitdem konnten wir viel erreichen. "Selbst Aktiv" sieht seine Aufgabe seit Beginn als Doppelstrategie zwischen aktiver Mitarbeit in der Partei und der Präsenz in Selbsthilfegruppen und Verbänden aktiver behinderter Menschen.

Das Verständnis von "Selbst Aktiv" als ein Teil der Arbeit von Betroffenen ist ein Eckpfeiler politischer Glaubwürdigkeit vor Ort unseres inzwischen bundesweit vertretenen Netzwerkes. Intensiv brachten wir uns auch in die Diskussionen zu Bundes- und Landesgesetzen ein, so zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sowie bei der Formulierung von Eckpunkten der Behindertenpolitik bei den letzten Europawahlen, bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Berlin sowie bei der Diskussion zum Hamburger Programm. Schließlich möchten wir gemeinsam mit der SPD ein Regierungsprogramm 2009 entwickeln. Dieses Programm muss unter den Kriterien von "Partei - Programm - Person" deutlich machen, dass die zukunftsweisenden Inhalte des Hamburger Programms alltagstauglich gemacht werden. Im Sinne des Grundsatzes "Nichts über uns ohne uns" muss dies in Plan, Vorbereitung und Umsetzung unter aktiver Beteiligung behinderter Menschen in den jeweiligen Parteigremien erfolgen.

NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS

Die Umsetzung der auf den Weg gebrachten Projekte braucht aber auch weiterhin die Beteiligung behinderter Menschen und engagierter SPD-Mitglieder auf allen Ebenen. Teilhabe und Selbstbestimmung sind die zentralen Botschaften moderner Behindertenpolitik. Diesen Paradigmenwechsel hat die Behindertenpolitik der SPD in der Zeit der Rot-Grünen-Koalition eingeleitet und die Umsetzung seiner Ziele durch konkretes politisches Handeln muss immer wieder gegen die konservative Politik der Koalitionsparteien CDU und CSU durchgesetzt werden. "Selbst Aktiv" steht für die Abschaffung lebenslanger Sozialhilfeabhängigkeit, die Gewährung von behinderungsbedingten Nachteilsausgleichen, unabhängig vom SGB XII, sowie die Stärkung der Autonomie behinderter Menschen durch selbstbestimmte Assistenz und inklusive Bildung.



Mitglieder von „Selbst Aktiv“ auf dem Nürnberger Zukunftskongress.

Foto: selbst aktiv

"Selbst aktiv" hat in der Zeit seines Bestehens bewiesen, dass behinderte Menschen Experten in eigener Sache sind. Wir sprechen für uns selbst, auch in den Gremien der Partei. Dieses Netzwerk innerhalb der SPD ist in der Behindertenpolitik einer Partei in Deutschland bisher einzigartig. An dieser Stelle gilt den Organisatoren und Gründungslokomotiven von "Selbst Aktiv" Karl Finke aus Hannover (1. Bundessprecher) und Karin Sarantis-Aridas aus Berlin (Sprecherin der Regionalgruppe Berlin) besonderer Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit in Sachen einer Politik für und mit Menschen mit Behinderung.

Auf dem Treffen von "Selbst Aktiv" in Nürnberg wurden von elf Anträgen für das Bundestreffen im Rahmen des Zukunftskongresses zehn einstimmig angenommen und einer zurückgezogen. Es wurden u.a. folgende wichtige Anträge gestellt und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion aufgefordert, unverzüglich darauf hinzuwirken, dass

- die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert und die die Forderungen des Abkommens in die nationale Gesetzgebung und das tägliche Leben integriert werden,

- die Eingliederungshilfe neu geordnet und als Teilhabeförderung neu gefasst wird,

- Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Menschen gestärkt werden,

- Gleichberechtigung als volle gesellschaftliche Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht wird.

- Bildung ist für alle da. Inklusive Bildung für behinderte und nicht behinderte Menschen muss endlich in allen Bundesländern umgesetzt werden.

- Eigenständige Wohn- und Lebensformen sind zu stärken.

- Die Sachleistungen der Pflegekassen

müssen als Persönliches Budget gewährt werden und das Budget für Arbeit muss bundesweit gelten.

- Mobilität und Barrierefreiheit müssen als Grundrechte in den Gleichstellungsgesetzen aller Bundesländer garantiert werden. Ohne Mobilität gibt es keine freie Entfaltung der Persönlichkeit.

- Für den Antrag über eine individuelle und sachgerechte Hilfsmittelversorgung unabhängig vom Alter oder vom Wohnort (z.B. Heim) wird ein Zusatz erarbeitet,

WERTSCHÄTZUNG DER ARBEIT WÄCHST

Ein Antrag aus Leipzig befasste sich mit der Vertretung des Netzwerkes auf allen Ebenen innerhalb der SPD und wurde mehrheitlich angenommen.

Die Wertschätzung unserer Arbeit innerhalb der SPD und in die Verbände hinein zeigte sich auch darin, dass prominente Gäste zu unserem Treffen kamen: Andrea Nahles, Karin Evers-Meyer, Martin Gorholt, Ulla Schmidt, Elke Ferner und Sylvia Schmidt. Alle betonten in ihren Grußworten die uneingeschränkte Unterstützung von "Selbst Aktiv" und sicherten die größtmögliche Unterstützung für eine Teilhabepolitik auf Augenhöhe innerhalb der Partei zu. "Selbst Aktiv" ist endgültig angekommen in der Bundespartei und wird auch künftig qualifiziert in der Politik mitentscheiden.

Zum Abschluss dieses 3. Bundestreffens von "Selbst Aktiv" im Rahmen des Zukunftskongresses der SPD in Nürnberg wurde einstimmig der "Nürnberger Aufruf - Visionen + Ziele - 2020" verabschiedet (zu finden auf den Internetseiten von Selbst aktiv).

Carola und Hans-Joachim Szymanowicz (Regionalgruppe Berlin) □

➡ Infos unter www.selbstaktiv.de

Dr. Susanne Kitschun:

Rezept für viele Köche

Erste Landeskonzeption für Demokratie und gegen Rechtsextremismus liegt vor

Geht es um kulturelle Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz steht unsere Stadt im nationalen und internationalen Vergleich gut da. Dennoch vergeht auch in Berlin kaum eine Woche ohne eine Tat mit rechtem, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund. 67 Gewaltdelikte in diesem Bereich gab es laut Verfassungsschutzbericht 2007 in der Stadt. Die Chronik der Opferberatung Reachout kommt sogar auf 122 Angriffe.

Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit reichen bis in die Mitte der Gesellschaft und beschränken sich nicht auf einzelne Personengruppen oder Stadtteile und Bezirke.

ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Förderung von Vielfalt und Respekt und der konsequente Kampf für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind zentrale Aufgaben für die rot-rote Koalition.

Um die Arbeit in diesem wichtigen Politikfeld zu bündeln hat der Senat jetzt eine "Landeskonzeption - für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus" beschlossen: Die Landeskonzeption hat die Aufgabe, den Rahmen für staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen zu beschreiben und die Schwerpunkte des Berliner Ansatzes transparent zu machen. Sie ist als "lernendes Konzept" gedacht, dass kontinuierlich weiterentwickelt und präzisiert wird.

"Warum noch eine Konzeption?", könnte der eine oder andere fragen. Eine Landeskonzeption ist notwendig, um erfolgreiche Ansätze und Projekte besser miteinander zu verzahnen und strategisch aufeinander zu beziehen.

EINIGUNG AUF SCHWERPUNKTE

Demokratieförderung und die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind für viele Senatsverwaltungen, insbesondere Inneres, Jugend und Bildung, Integration und Soziales sowie Stadtentwicklung (Soziale Stadt) ein zentrales Thema. In der Landeskonzeption für Demokratie - gegen Rechtsextremismus haben sie sich auf Schwerpunkte, Handlungsfelder, Leitprojekte und Prüfaufträge verständigt.

Notwendig ist auch eine Abstimmung mit den Projekten die im Rahmen der zurzeit drei Bundesprogramme gegen Rechts-



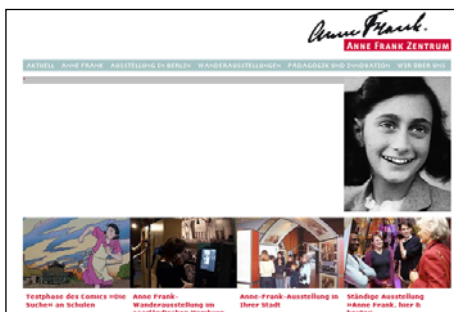
Dr. Susanne Kitschun ist integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: SPD Berlin

extremismus laufen, darunter allein zehn lokale Aktionspläne aus dem Programm "Jugend für Vielfalt."

POSITIVE LEITBEGRIFFE WERDEN FORMULIERT

Wichtig gerade für mich ist dabei, dass die Landeskonzeption sich nicht nur gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet, sondern positive Leitbegriffe wie Demokratie, Vielfalt und Respekt formuliert. Leitziel ist die Vision einer weltoffenen Stadt der Vielfalt, des Respekts und der Menschenwürde.

Inhaltliche Grundlage der neuen Landeskonzeption ist ein mehrdimensionaler Ansatz, eine Mischung aus Prävention und Intervention. Dazu gehört auch ein pluraler Förderansatz, der die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellt, aber gleichzeitig die Zielgruppe der gewaltbereiten, rechtsextrem orientierten Jugendlichen nicht vernachlässigt.



Unterstützung durch das Landesprogramm: Das Anne Frank Zentrum in der Rosenthaler Straße 39 ist eine anerkannte Institution der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Antisemitismus.

ERFOLGREICHE UND QUALIFIZIERTE PROJEKTE ZUR PRÄVENTION

Im Bereich der Prävention gibt es in Berlin eine einzigartige Dichte erfolgreicher und qualifizierter präventiver Maßnahmen und Projekte.

Einige von ihnen sind als exemplarische Leitprojekte der Landeskonzeption herausgearbeitet worden: Schule ohne Rassismus, das Jugendprogramm respectabel, die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen, die mobilen Beratungsteams MbR und Ostkreuz, die Opferberatung Reach Out, das Fan Projekt der Sportjugend Berlin und viele mehr.

Im Bereich der Intervention setzen Polizei und Verfassungsschutz deutliche Grenzen gegen demokratiefeindliche Aktivitäten und gewalttätige Übergriffe gegenüber Minderheiten. Dazu gehören nachhaltige Strafverfolgung, Vereinsverbote, die Auflösung von Konzerten - aber auch die Vermittlung interkultureller Kompetenzen.

Eine zentrale Aufgabe der Landeskonzeption ist es, Demokratie mit Leben zu füllen, Bildung für Demokratie in allen Lebensphasen anzubieten, und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

DEMOKRATIEDISTANZ ALS HERAUSFORDERUNG

Die zunehmende Demokratiedistanz gerade in bildungsfernen Milieus ist eine große Herausforderung. Demokratiedistanz findet sich bei Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie bei Alteingesessenen. Stärker als bisher müssen sich Maßnahmen und Projekte deshalb an Zielgruppen mit geringem Bildungsniveau richten. Ein guter Ansatz ist die Einrichtung von "Jugendräten" in den Gebieten der Sozialen Stadt - ein Leitprojekt der Landeskonzeption - die neue Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen wird. Gerade Jugendliche mit geringer Bildung können so ganz praktisch die Übernahme von Verantwortung und demokratische Aushandlungsprozesse lernen.

Die Landeskonzeption für Demokratie - gegen Rechtsextremismus schafft die Voraussetzungen für Synergien und eine strategische Weiterentwicklung der Arbeit gegen Rechtsextremismus in der Stadt. Wir werden diesen Prozess in der Fraktion intensiv begleiten. **Dr. Susanne Kitschun** □

Das Landesprogramm im Internet: <http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/index.html>

ILA:

Aufschwung über den Wolken

Ditmar Staffelt: Luftfahrt ausstellung zeigte wirtschaftliche Bedeutung für die Region

Die Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung (ILA) war auch in diesem Jahr eine eindrucksvolle Leistungsschau der Hochtechnologiebranche und ein Publikumsmagnet. Aber sie hat darüber hinaus eine immer stärkere wirtschaftliche Bedeutung für die Region.

Die ILA, die im Jahr 1992 nach Berlin zurückgeführt wurde, hat entschieden dazu beigetragen, dass die Region Berlin-Brandenburg heute zu einem der größten Luft- und Raumfahrtstandorte Deutschlands zählt. So siedelten sich unter anderem die großen Triebwerkshersteller MTU und Rolls Royce in der Region an. Außerdem befinden sich heute zahlreiche mittelständische Unternehmen aus dem Luft- und Raumfahrtsektor, organisiert in der Berlin Brandenburg Aerospace Allianz e.V. (BBAA), in der Region.

Ergänzt durch die Kooperation mit der Universität Cottbus, der TU Berlin sowie der Fachhochschule Wildau kann Berlin-Brandenburg heute auf ein bedeutendes, industrielles Cluster verweisen.

Insgesamt wird der Luft- und Raumfahrtsektor als Wirtschaftsmotor immer wichtiger. Mit einem Umsatzplus von circa vier Prozent ist er eine klassische Wachstumsbranche. Der wirtschaftliche Erfolg der Luftfahrtindustrie spiegelt sich in den Exportzahlen für das vergangene Jahr wieder. Die Branche exportierte im Jahr 2007 Waren im Wert von rund 1,34 Milliarden Euro und steigerte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 25,7 Prozent.

Diesen Erfolg kann man auch anhand der Beschäftigungszahlen in der Hauptstadtregion ablesen, die sich mit rund 4.000 Industriearbeitsplätzen in den letzten 10 Jahren nahezu vervierfachten.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LUFTFAHRTINDUSTRIE

Die ILA bewies, dass die Industrie weiter wächst. Gleichwohl könnten die derzeitige Dollar-Schwäche und der hohe Ölpreis die Wachstumsaussichten reduzieren. Diese schwerwiegenden, belastenden Faktoren betreffen sowohl die EADS-Tochter Airbus als auch zahlreiche Zulieferer und Ausrüster. Eine breitflächige Verlagerung der Produktionsstätten in den Dollarraum muss unter allen Umständen verhindert werden.

Darüber hinaus bleibt die Diskussion um die Reduzierung der Schadstoffemissionen im Luftverkehr ein zentrales Thema, das je-



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ditmar Staffelt und der niedersächsische SPD-Vorsitzende Garrelt Duin in Schönefeld: Vom 27. Mai bis zum 1. Juni fand auf dem Südgelände des Flughafens Schönefeld, die Internationale Luft- und Raumfahrt ausstellung (ILA) statt.

doch zu Investitionen in neue Technologien führt, von denen die Branche bereits profitiert.

Eine besondere Herausforderung in Deutschland ist, der sich immer mehr zu einem Nadelöhr für die Wachstumsbranche entwickelnde, Ingenieursmangel. Die Luft- und Raumfahrtindustrie hat Kapazitäten für 4000 zusätzliche Ingenieure und bis zu 2000 Facharbeitern. Hier ist die Politik besonders aber die Wirtschaft gefragt, Anreize speziell für junge Menschen zu schaffen, sich für die Luftfahrt zu entscheiden. Das CareerCenter auf der ILA bot einen Einblick in die Berufschancen und -perspektiven der Branche.

ILA BRINGT AUFWIND FÜR BERLIN-BRANDENBURG

Die ILA zeigte insbesondere im Bereich Umweltschutz Neuheiten. Das unter anderem in Berlin-Ludwigsfelde ansässige Unternehmen MTU stellte ein neues Getriebe vor, das den CO₂-Ausstoß um bis zu 15 Prozent reduzieren soll. Die Entwicklung solcher Zukunftstechnologien bei MTU aber auch bei Rolls Royce zeigt die international beachtliche Stellung der Hauptstadtregion in den Bereichen Triebwerksbau und -forschung.

Die Gründung des Technologieunternehmens Berlin Brandenburg Aerospace Technology AG (BBAT) in Wildau im Vorfeld der ILA durch eine Initiative der BBAA unter-

streicht diese Stellung. Die BBAT ist als Zusammenschluss von 18 klein- und mittelständischen Unternehmen aus dem Bereich der Zuliefererbranche, insbesondere der Triebwerkindustrie, eine neue unternehmerische Kraft in der Luftfahrtindustrie. Das Ziel der BBAT ist es, Synergien aus den technologischen Kompetenzen der einzelnen Firmen zu gewinnen, so dass ein global wettbewerbsfähiges Zuliefererunternehmen im Bereich der Triebwerksindustrie entsteht. Geplant sind hier Investitionen in Höhe von 20 Millionen Euro.

BBI ALS WACHSTUMSMOTOR DER REGION

Unsere Region setzt auf den Ausbau des guten Rufes im Luft- und Raumfahrtsektor. 2011 soll der Flughafen BBI eröffnet werden. Mit diesem entstehen zahlreiche Arbeitsplätze. Außerdem haben Jugendliche vermehrt die Chance innerhalb dieser Branche ausgebildet zu werden. Berlin-Brandenburg gilt in der Branche als starke Ausbildungsregion und Fachkräfte-Exporteur. Fachkräftesicherung sowie Aus- und Weiterbildung sind die zentralen Zukunftsthemen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Denn die Unternehmen wissen: Wer morgen am Markt Bestand haben will, muss heute ausbilden. Damit bleiben die langfristigen Chancen der Unternehmen am Standort erhalten.

Bereits heute arbeiten in der luftverkehrsbezogenen Branche rund 18.000 Menschen in der Region Berlin-Brandenburg - vom Bodenpersonal an Flughäfen bis zur Forschung.

FLUGLÄRM VERSUS KAUFKRAFTGEWINN

Aber auch die ILA selbst hat in der Region durch die Ausgaben der auswärtigen Besucher und Aussteller zu einem Umsatzvolumen von mehr als 160 Millionen Euro geführt. Mit einem solchen Volumen könnten für die Dauer von zwei Jahren 2000 Arbeitsplätze gesichert werden. Dies sollten auch jene bedenken, die sich über den durch die ILA entstandenen Fluglärm beinträchtigt fühlen.

Der Aufwind ist also nicht nur auf dem Flugfeld zu spüren. Berlin-Brandenburg tut gut daran, diese High-Tech Branche weiter zu pflegen und zu unterstützen.

Die nächste ILA wird voraussichtlich vom 8. bis 13. Juni 2010 stattfinden.

Dr. Ditmar Staffelt □

Frauenpolitik:

„Strategische Weiterentwicklung“

Eva Högl zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm Berlin

Der Berliner Senat hat unter Beteiligung des Rates der Bürgermeister/-innen das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GRP) 2008 - 2011 – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin – beschlossen. Ziel dieses Programms ist eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der Berliner Gleichstellungspolitik.

Es soll dazu dienen, die Debatte um Geschlechtergerechtigkeit neu zu beleben, sie mit aktuellen Fragestellungen zu verbinden und die wichtigsten Handlungsfelder der Berliner Politik für die laufende Legislaturperiode zu bestimmen. Dies wurde im Koalitionsvertrag zwischen SPD und der Linkspartei vereinbart.

Mit der Umsetzung des Rahmenprogramms soll sich in den nächsten vier Jahren die Gleichstellung der Geschlechter in Berlin spürbar verbessern und Berlin fit gemacht werden für die Lösung gesellschaftlicher Probleme, die ohne die Überwindung traditioneller Rollenstereotypen und eine gezielte Frauenpolitik nicht wirksam zu bewältigen sind. In dem Programm werden die wichtigsten politischen Handlungsfelder benannt und Ziele formuliert, die bis zum Jahr 2011 erreicht werden sollen.

In einem nächsten Schritt wird darauf aufbauend ein „Masterplan Gleichstellung“ mit konkreten Maßnahmen und Aktionen zur Erreichung der Ziele des Rahmenprogramms erstellt. Es ist geplant, dass sich dieser Masterplan stärker als dies im Rahmenprogramm möglich war mit dem Verhältnis der Geschlechter und auch mit erkennbaren Benachteiligungen von Jungen und Männern (z.B. im Bildungssystem) befasst.

HOHER STELLENWERT VON FRAUENPOLITIK

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) begrüßt ausdrücklich, dass der Berliner Senat mit diesem Programm den Willen zu gezielter und konsequenter Frauenpolitik in Berlin bekundet und sich auf konkrete Ziele verständigt hat. Frauenpolitik hat in Berlin einen hohen Stellenwert, wofür sich insbesondere die SPD im Senat, im Abgeordnetenhaus, aber auch in den Bezirken immer stark gemacht hat. Eigenständige und aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik ist ein Markenzeichen Berliner Politik und gehört zu den wichtigen Handlungsfeldern des Berliner Senats und der Koalitionsvereinbarung. Dank des engagierten Einsatzes vor allem



Eva Högl ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Foto: SPD

der Frauen in der SPD konnten für die Frauen in Berlin maßgebliche Verbesserungen erreicht und wichtige Akzente gesetzt werden. Hervorzuheben ist die Verankerung des Grundsatzes von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der Berliner Politik auf allen Ebenen, wodurch Berlin nicht nur in Deutschland, sondern auch international ein Vorbild und wegweisend ist. Aber auch der kontinuierlich gestiegene Anteil von Professorinnen an Berliner Hochschulen, die vergleichsweise gute Ausstattung Berlins mit Einrichtungen zur Kinderbetreuung und die deutliche Verbesserung der Situation der von Gewalt betroffenen Frauen durch eine Vielzahl von Maßnahmen und Einrichtungen sind gute Beispiele erfolgreicher Frauenpolitik in Berlin.

Gleichwohl gibt es weiterhin einen enormen Handlungsbedarf – denn auch in Berlin sind Frauen alles andere als gleichgestellt in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Beispielhaft genannt: Gezielt verbessert werden müssen die Beschäftigung von Frauen, die Entlohnung und die Qualität der Arbeit sowie die soziale Sicherung. Und dringend erhöht werden muss die Zahl von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik. Ziel ist es, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft zu verwirklichen. Dazu kann das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm einen wichtigen Beitrag leisten.

In dem Programm beschreibt der Senat vier zentrale Herausforderungen, in denen eine gezielte Politik zur Verbesserung der Rechte und der Situation von Frauen und

Mädchen erforderlich ist. Dies sind vor- schulische und schulische Bildung, Hochschule, Fachkräftemangel und Existenzsichernde Beschäftigung, der demographische Wandel, soziale Gerechtigkeit und Integration.

Im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm erneuert der Senat die Bedeutung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting für die Gleichstellungspolitik und setzt sich das Ziel, diese Instrumente weiter zu verbessern und noch konsequenter in der Berliner Verwaltung anzuwenden und umzusetzen.

Wichtigste organisatorische Neuerung ist die Einrichtung eines Staatssekretär/-innen-Ausschusses „Gleichstellung“, der die Neuausrichtung der Gleichstellungspolitik landesweit steuert und koordiniert.

Die ASF Berlin hat sich mit ihren Vorstellungen und Ideen engagiert an der Debatte über das Programm beteiligt und an einzelnen Punkten deutliche Kritik zum Ausdruck gebracht. Die Anregungen der ASF, aber auch des LandesFrauenRates und einzelner Berliner Frauenverbände wurden teilweise aufgegriffen und haben das Programm konkretisiert und verbessert. Es bleibt zu kritisieren, dass das Programm vergleichsweise wenig formuliert zum Arbeitsmarkt und der Beschäftigung von Frauen sowie zu dem Themenkomplex Wirtschaft und Finanzen. Nach Ansicht der ASF sind gerade diese Themen zentral für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen.

ASF SETZT AUF ENGAGIERTE DEBATTE

Die ASF hofft auf eine engagierte und breite Diskussion über die Berliner Gleichstellungspolitik – nicht nur im Senat, sondern auch im Abgeordnetenhaus, in den Bezirken sowie mit den Frauenverbänden und Sozialpartnern. Nach Verabschiedung des Rahmenprogramms ist eine intensive Auseinandersetzung erforderlich über den zu erstellenden Masterplan Gleichstellung sowie über konkrete Vorschläge zur Erreichung der im Rahmenprogramm formulierten Ziele zur Verbesserung der Lage der Frauen in Berlin. Erfolgreiche Frauenpolitik erfordert eine umfassende politische Strategie, verbunden mit konkreten Maßnahmen unter Einbeziehung der maßgeblichen Akteure/-innen. Die ASF beteiligt sich weiter an der Debatte und freut sich über zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Dr. Eva Högl □

Schule & Integration:

„Verrat an der Zukunft“

Schulverweigerung beenden - Bildungspolitische Erklärung der Neuköllner SPD

„Integration ist zuerst ökonomische Integration. Ein Bildungssystem, das eine Negativauslese in die sozialen Sicherungssysteme zum Ergebnis hat, ist Verrat an der Zukunft.“ So steht es in der „Groß-Pinnower Erklärung der Neuköllner SPD“ vom 7. Juni 2008.

Die Fähigkeit der Schule, Kinder und Jugendliche auf ihren Lebensweg vorzubereiten, werde durch Schulverweigerung zusätzlich gefährdet, schreiben die Neuköllner Sozialdemokraten in ihrem Papier. Schulverweigerung sei nicht nur illegal, sie führe auch dazu, dass gerade diejenigen, die gezielte Förderung am nötigsten brauchen, nicht erreicht werden. „Schulverweigerung ist ein besonders deutliches Warnzeichen für drohende Desintegration. Nicht jeder Schulverweigerer wird kriminell. Aber alle Intensivtäter Berlins haben ihre kriminelle Karriere als Schulverweigerer begonnen. Schulverweigerung ist deshalb mehr als ein Problem für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess, der von Schulen ausgehen soll. Der Kampf gegen Schulverweigerung ist auch ein entscheidender Beitrag zur Kriminalprävention und damit zum präventiven Opferschutz.“ Die BERLINER STIMME dokumentiert im Folgenden den Forderungskatalog des Papiers.

MASSNAHMEN UND FORDERUNGEN

Das Massenphänomen Schulverweigerung ist durch eine bloße Verstärkung von Kontrolle und Repression nicht in den Griff zu bekommen. Eine Strategie gegen Schulverweigerung muss auch die Qualität von Schule, die Einbeziehung der Eltern und die Lebenschancen der Schülerinnen und Schüler ebenso in den Blick nehmen. Die Neuköllner SPD fordert deshalb ein Landesprogramm zur Durchsetzung der Schulpflicht, das sich auf drei Säulen stützt: Qualität, Prävention und Konsequenz.

SÄULE 1: QUALITÄTSOFFENSIVE

Die durch das neue Schulgesetz und den Aufbau von Ganztags-Grundschulen begonnene Qualitätsoffensive muss fortgesetzt und verstärkt werden. Wir fordern:

- die schnellstmögliche Einführung der Gemeinschaftsschule, wobei als erster Schritt die Hauptschule abzuschaffen ist,
- den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen, beginnend in sozial besonders belasteten Stadtteilen,
- die Entwicklung von geeigneten



Neuköllns Kreisvorsitzender Fritz Felgentreu.

Foto: SPD Berlin

Ganztags-Angeboten (auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern) zur gezielten Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, die zuhause keine geeignete Arbeitsumgebung finden,

- die Stärkung der Sozialraum-Orientierung der Schulen,
- Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern in zielgruppenorientierter Didaktik und im Umgang mit Schulverweigerern,
- mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in stark von Einwanderung geprägten Stadtteilen,
- Einführung von Elternkursen in der Schule mit dem Ziel, dass Eltern ihr Kind besser unterstützen, und
- die weitere Verbesserung der Betreuungssituation durch „Doppelsteckung“ oder Absenkung der Klassenfrequenzen (Beachtung des Parteitagsbeschlusses zur Absenkung auf Klassenstärke 20 ab einem Anteil nichtdeutscher Herkunftssprache von 40 %).

SÄULE 2: PRÄVENTIVE ANSÄTZE STÄRKEN

Angesichts der hohen Zahl einzelner Akte der Schulverweigerung scheint die Zahl der Schulversäumnisanzeigen überraschend niedrig (Neukölln 2007: Grundschulen rund 280, Hauptschulen 150, Ge-

samtschulen 140). Grundsätzlich ist es richtig, dass Lehrer und Schulleitungen zunächst versuchen, das Problem auf ihrer Ebene zu lösen. Dennoch wird auch bei Erfolglosigkeit dieses Ansatzes nicht immer die Unterstützung der Schulaufsicht gesucht. Tatsache ist: Für die Schulen ist wenig gewonnen, wenn der Kampf gegen Schulverweigerung sich darauf beschränkt, schuldistanzierte, im Einzelfall auch kriminalitätsgeneigte Jugendliche pünktlich einem Unterricht zuzuführen, dem sie nicht folgen können und wollen.

Ein Haupthindernis für die Integration der Kinder und ihre regelmäßige Teilnahme am Schulunterricht ist die fehlende Unterstützung durch die Eltern und deren mangelnde pädagogische Kompetenz. Vor allem bei migrantischen Familien muss die Bereitschaft gefördert werden, die Bildung ihrer Kinder im deutschen Schulsystem zu unterstützen. Der niederländische Schriftsteller Geert Mak bezeichnet „die verschlossene Welt der traditionellen, muslimischen Familie in der modernen europäischen Stadt als den unzugänglichsten Erdteil, der existiert.“ Hier müssen strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Separierungstendenzen und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegen zu wirken. Der Mangel an Sprachkenntnissen und der fehlende Zugang der Eltern zur Schule führen dazu, dass sie das Schulverweigerungsverhalten ihrer Kinder nicht überblicken oder aus Überforderung billigend hinnehmen.

Eltern müssen in ihrer Fähigkeit bestärkt werden, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Schulen müssen darin gestärkt werden, Eltern mehr in die Pflicht nehmen zu können, wenn es um die Durchsetzung des regelmäßigen Schulbesuchs ihrer Kinder geht.

Gleichwohl ist der Effekt nicht zu unterschätzen, wenn es gelingt, den Schulverweigerern die Vorbildfunktion zu nehmen. Auch deshalb müssen gerade die besonders betroffenen Schulen im Umgang mit Schulverweigerern gestärkt werden. Wir fordern:

- Schulstationen an allen Grundschulen,
- den Einsatz von besonders geschulten Pädagogen, die in gezielter Betreuung Schulverweigerer dabei unterstützen, wieder Anschluss an den Klassenverband zu finden,
- Zusammenarbeit mit freien Trägern, die durch aufsuchende Sozialarbeit Schüler

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 13

zum Schulbesuch motivieren und die Bildungsbereitschaft der Familien stärken,

- eine in den Lehrplänen verankerte, affirmative Auseinandersetzung mit Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß, Pflichtbewusstsein und Gewissenhaftigkeit,

- in Zusammenarbeit mit der IHK die Entwicklung eines Betreuungskonzepts durch die Berliner Wirtschaft mit dem Ziel, die Ausbildungsfähigkeit und Vermittelbarkeit von Jugendlichen auf Hauptschulniveau zu erhöhen, und

- die modellhafte Einrichtung eines Internats für besonders schwierige Schülerinnen und Schüler.

SÄULE 3: KONSEQUENZ IM UMGANG MIT SCHULVERWEIGERUNG

Der Grundsatz, dass Kinder und Jugendliche zur Schule gehen müssen, gilt für alle. Die Regel ist unabhängig vom kulturellen Hintergrund der Familien leicht zu verstehen. Sie ist konsequent durchzusetzen. Wir fordern:

- ein besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung der Schulpflicht in der Woche vor und nach Ferienbeginn und -ende (z.B. durch Kontrollen auf Flughäfen),

- die Pflicht zur Erstattung von Schulversäumnisanzeigen spätestens nach fünfmaligem Schwänzen im Halbjahr,

- den sofortigen Aufbau eines zentralen Schüler-Verzeichnisses, das es der Polizei ermöglicht, aufgegriffene Kinder und Jugendliche unverzüglich ihrer Schule zuzuordnen,

- die Unterrichtung der Jugendhilfe über jede Schulversäumnisanzeige,

- die Einleitung amtlicher Ermittlungsvorgänge und ggf. Anrufung des Familiengerichts wegen Kindeswohlgefährdung, sobald dem Jugendamt zwei Schulversäumnisanzeigen bekannt geworden sind,

- die Regelüberprüfung nicht strafmündiger Straftäter, ob sie auch als Schulverweigerer auffällig geworden sind. In diesen Fällen ist stets gegen die Familien wegen Kindeswohlgefährdung vorzugehen,

- lösungsorientierte, enge Abstimmung zwischen den für Jugendliche und Kinder zuständigen Behörden (ggf. auch Polizei, Ausländerbehörde, Gerichte und Jobcenter),

- Weiterbildung für Jugendamtsmitarbeiter, damit sie dem staatlichen Wächteramt vor Gericht effektiv Geltung verschaffen können, und

- den familiengerichtlichen Entzug des Sorgerechts, wenn Kinder durch Schulverweigerung und Straftaten gefährdet sind, in den Schwellen- und Intensivtäterbereich abzurutschen.

Uns ist bewusst, dass ein solches Landes-



Die Neuköllner SPD fordert bessere Bildungseinrichtungen statt mehr finanzieller Individualförderung.

Foto: Albrecht

programm erhebliche zusätzliche Mittel beansprucht, auch im Bereich der Jugendhilfe. Wir sind jedoch überzeugt, dass es mittel- und langfristig nicht nur im Sinne des sozialdemokratischen Bildes einer Gesellschaft von selbstbestimmten und solidarischen Bürgerinnen und Bürgern gerechtfertigt ist. Durch die Verbesserung der Lebens- und Berufschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen wird es sich sogar volks- und haushaltswirtschaftlich bewähren. Denn auf lange Sicht ist nichts so teuer wie ein nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch.

RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN - FAMILIENFÖRDERUNG REFORMIEREN

Die Anstrengungen eines einzelnen Bundeslandes bei der sozialen Integration sind zum Scheitern verurteilt, solange der bundesrechtliche Rahmen einer emanzipatorischen, vorsorgenden Sozialstaatspolitik im Wege steht. Deutschland ist das Land in Europa, das am meisten Geld in die Kinder- und Familienförderung investiert. Umfassender Erfolg bei der Integration von Kindern und Jugendlichen und bei der Vermeidung von Kinderarmut bleibt jedoch aus. Schlimmer noch: Gerade in Deutschland sieht Herkunfts- und familiärer Hintergrund heute in höherem Maße entscheidend für die Lebenschancen eines Kindes als noch vor dreißig Jahren.

FINANZIELLE FÖRDERUNG VERSANDET?

Die konservative Forderung nach einer Erhöhung und stärkeren Staffelung des Kindergeldes birgt die Gefahr, dass die Missstände sich verschlimmern. Der internationale Vergleich zeigt, dass Deutschland nicht zu wenig Geld in Kinder und Fa-

milien investiert, sondern dass es seine finanziellen Anstrengungen durch Fehlsteuerveränderungen versanden lässt. Es ist nicht nur widersinnig, sondern sogar schädlich, dort Kindergeld zu zahlen, wo es Kindern erkennbar in keiner Weise zugute kommt.

Voraussetzung für einen effektiven Mitteleinsatz ist nicht die Erhöhung der Individualförderung, sondern ein radikaler Paradigmenwechsel weg von der Individualförderung und hin zur institutionellen Förderung. Auch das Beispiel Berlins, wo gerade die einkommensschwächsten, in hohem Maße von Transferleistungen abhängigen Schichten die meisten Kinder bekommen, zeigt: Deutschlands Kinder brauchen nicht mehr Kindergeld. Sie brauchen bessere Bildungseinrichtungen und professionelle Betreuung, wo Eltern und Familien versagen.

Wir fordern deshalb:

- auf jede Erhöhung des Kindergeldes und eine stärkere Staffelung zugunsten des dritten, des vierten oder weiterer Kinder zu verzichten. Perspektivisch ist im Sinne der Empfehlungen der OECD eine Umsteuerung durch Abbau des Kindergeldes und Ausbau kostenloser Bildungs- und Betreuungsangebote von Kindergarten, Schule, Berufsschule und Hochschule anzustreben.

- das Kindergeld als Familien individuell fördernde Leistung zumindest im Bereich der Schulpflicht von der Erfüllung der elterlichen Fürsorgepflichten abhängig zu machen, nach dem Grundsatz: Kommt das Kind nicht in die Schule, dann kommt das Kindergeld nicht aufs Konto. In diesem Zusammenhang muss über weitere Sanktionsmodelle (z.B. Führerscheinentzug) nachgedacht werden.

- ggf. abhängig von amtsärztlich festgestellten Entwicklungsdefiziten eine Vorschulpflicht ab dem vollendeten dritten Lebensjahr einzuführen. □

SPD Schöneberg:

SPD Schöneberg vor 50 Jahren

Andreas Wilcke blickte in alte Jahrgänge des Schöneberger Mitteilungsblatts (Teil 2)

Zur Information der Mitglieder gab die SPD Schöneberg vom 1. Januar 1956 an ein eigenes Mitteilungsblatt heraus. Andreas Wilcke blickte in die Ausgaben, die vor 50 Jahren erschienen.

Zu besonderen Anlässen gab es eine Kreismitgliederversammlung im Haus der Jugend, es fanden Kreisdelegierten- und Funktionärskonferenzen statt. Und auch Nachrufe für alle verstorbenen Mitglieder wurden veröffentlicht.

Aber auch dem Frohsinn wurde Rechnung getragen. Jeden 1. Mai fand im Schöneberger "Präläten" eine große Maifeier mit Programm, Ansprachen und Tanz statt mit ca. 2.000 Personen. Eintritt: DM 1,-. Und im August wurde regelmäßig ein Sommerfest der SPD im Park von Lindenhof mit Programm und Tanz veranstaltet, Eintritt: ebenfalls eine Mark. Ferner wurden von Schöneberg Dampfer- und Mondscheinfahrten von der Potsdamer Brücke aus durchgeführt. Und für Rentner, Sozialunterstützte und andere einkommenschwache Bürger von Schöneberg fanden wöchentlich Omnibusrundfahrten zum Sonderpreis von einer Mark statt, um auch diese Menschen über den Aufbau Berlins zu informieren. Des weiteren wurden auch



Mitteilungsblatt der SPD Schöneberg i den fünfziger Jahren.

Besichtigungen in Schöneberger Betrieben durchgeführt.

Kreisvorsitzender der SPD in dieser Zeit war Konny Dickhardt, 1899 in Bad Vilbel geboren, überzeugter Sozialist, vor 1933 Gewerkschaftssekretär in Hessen, Absolvent der Akademie der Arbeit, Reichsbannerführer, Steuerberater und vieles mehr. Gleich nach dem 2. Weltkrieg baute er die SPD in Schöneberg mit auf, 1946 wurde er Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung, von 1947 bis 1959 war er Bezirksstadtrat für Finanzen. Von Dezember 1958 bis zu seinem Tod am 11. Juni 1961 war er Schöneberger Bezirksbürgermeister. Als Ausdruck der Trauer im Bezirk wurde schon ein Jahr

nach seinem Tod die Ringstraße in Friedenau nach ihm benannt.

Stellvertretender Kreisvorsitzender war Werner Haase. Er war zeitweilig als Müllträger tätig, wohnte mit seiner Familie auf dem Hof der Stadtreinigung in der Naumannstr. 88 - 92 und wurde als Arbeiter im Wahlkreis 4 (Schöneberger Insel) zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt. Später wurde er Bezirksstadtrat und noch später Vorsitzender des Hauptpersonalrates.

Zu dieser Zeit gab es in den Abteilungen und im Kreis jeweils nur einen Stellvertreter. Auch die Namen mit privaten Wohnadressen aller Abteilungsvorsitzenden, Bezirksverordneten und SPD-Abgeordneten von Schöneberg wurden im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Unsere Bezirksamtsmitglieder Konny Dickhardt, Dr. Walter Corsten (Sozialwesen), Dr. Erfrid Heinecke (Jugend) und Dr. Josef Grunner (Wirtschaft und Wohnungswesen) hatten feste Sprechstunden. Und auch alle Kreisvorstandsmitglieder und Landesparteitagsdelegierte wurden in unserem Blatt abgedruckt.

Andreas Wilcke □

➡ Fortsetzung nächste Ausgabe

GEBURTSTAGE

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- SPD Berlin, **Landesparteitag der Berliner SPD**, Sonnabend, 21. Juni, um 9.00 Uhr, BCC - Berliner Congress Centrum, Alexanderstr. 11
- SPD Neukölln, **Antifaschistischer Rundgang der SPD Hufeisensiedlung durch Britz**, aus Anlass des 75. Jahrestags des Verbots der SPD, Sonntag, 22. Juni, um 11.00 Uhr, Anton-Schmaus-Haus, Gutschmidtstraße, 12359 Berlin, Anmeldungen bis zum 20. Juni bei Beate Augustin, Tel. 601 76 26
- Jusos Pankow, **SPD: Zukunft als linke Volkspartei?** mit Franziska Drohsel, Dienstag, 24. Juni, 19 Uhr, Kiezkantone, Oderberger Str. 50,
- Fachausschuss Soziales und Gesundheit, **Diskussion des Entwurfs für ein „Wohnteilhabengesetz“**, Dienstag, 24. Juni, 14 bis 16 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 388, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin, Anmeldung bitte bis 20. Juni an: rschroedter@t-online.de
- SPD Charlottenburg-Wilmersdorf – Abt. 76, **Berliner Mietspiegel – Auswirkungen auf unsere Kieze**, Reiner Wild, stv. Hauptgeschäftsführer Berliner Mieterverein e.V., Dienstag, 24. Juni, 19.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin,
- Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Rente mit 67 und Pflegereform – was bringen sie Menschen mit Behinderung?** Referentin: Mechthild Rawert, MdB, Mittwoch, 25. Juni, um 16.30 Uhr, AWO Landesverband, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss)
- SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Südafrika - Regenbogensnation?** Wie real sind die Wünsche nach friedlichem Zusammenleben? Referent Peter Senft, Mittwoch, 25. Juni, 18.30 Uhr, Friedenszentrum, Pacelliallee 61, 14195 Berlin, anschließend Halbfinale
- Gesprächskreis Lateinamerika in der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Die Präsidentschaftswahlen in den USA, die Europäische Union, Deutschland und Lateinamerika** – Erwartungen an eine nahe Zukunft. mit Karl Buck, Council of the European Union, und Karsten Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Mittwoch, 25. Juni, 19 bis 21 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Bitte anmelden bis 23. Juni: peter.treichel@spd.parlament-berlin.de
- ASF Charlottenburg-Wilmersdorf, **Besuch der neue Ausstellung „paparazzi“** im Helmut-Newton-Museum, Anmeldungen bei Margret Becker, Telefon: 8927500, Donnerstag, 26. Juni, 19.00 Uhr, Treffpunkt: auf den Stufen der Stiftung des Helmut-Newton-Museums, Jebenstraße 2, 10623 Berlin (Bahnhof Zoo)
- SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Dahlem, **Fahrt Berliner Siedlungswesen nach Darmstadt und Frankfurt**, vom 27.-29. Juni. Es sind

noch einige Plätze frei. Stationen: Frankfurt am Main - Römerstadt und weitere May-Siedlungen, Peter-Behrens-Bau im Industriepark Höchst, Wilhelm-Leuschner-Haus, früheres IG-Farben-Haus - und Darmstadt - Künstlerkolonie Mathildenhöhe, Rosenhöhe und Arbeiterhäuser Erbacher Straße - Kostenbeitrag: 130,- €.

■ SPD Spandau – Abt. Wilhelmstadt, **Politischer Stammtisch, mit Raed Saleh**, MdB, und Christian Hafß, SPD BVV Spandau, Freitag, 27. Juni, 20.00 Uhr, „Spandauer Kater“, Seeburger Str. 15, 13581 Berlin

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Petra Merkel - Start in den Sommer: Sommerfest und Ausstellungseröffnung**, Charlottenburg-Wilmersdorf im Wandel der Zeit – Fotografien von Jutta Bielfeldt, Freitag, 27. Juni, 16 bis 19 Uhr, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin

■ SPD Mitte – Abt. **Brunnenviertel, Kultur Sommerfest**, Kulturelles Programm für Jung und Alt, Samstag, 28. Juni, 14 bis 20 Uhr, Stralunder Straße – von der Brunnenstraße bis zur Wolgaster Straße

■ SPD Steglitz-Zehlendorf – **Abt. Dahlem, Sommerfest**, Mittwoch, 2. Juli, ab 19 Uhr, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin, Eintritt: Spenden für Musik, Grillen und kleines Buffet

■ Fachausschuss Europa + SPD Berlin, **Aktuelle Herausforderungen für eine europäische ökologische Industriepolitik**, Podiumsdiskussion Dagmar Roth-Behrendt, Mitglied des Europäischen Parlaments; Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND; Dr. Eric Schweitzer, Präsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, Mittwoch, 2. Juli, 19.00 bis 21.30 Uhr, Vertretung des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, Unter den Linden 78, Berlin-Mitte

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Sommertgespräche mit Petra Merkel**, Mittwoch, 2. Juli, 10.00 bis 12.00 Uhr, Wochenmarkt Karl-August-Platz

■ SPD Steglitz-Zehlendorf – Abt. Seenplatte, **Die Reform der Pflegeversicherung – Ein Fortschritt für die Betroffenen?** mit Dr. Petra Leuschner, Staatssekretärin für Integration, Arbeit und Soziales; Stefanie Winde, MdB und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Steffen Koczott, Mitarbeiter der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion; Carola Reimann und VertreterInnen der Pflegeeinrichtungen, Donnerstag, 3. Juli 2008, um 19.30 Uhr, Loretta am Wannsee, Kronprinzessinnenweg 260

■ Friedrich-Ebert-Stiftung, **Die Achtundsechziger – Eine Selbstbeziehung**, Ein Abend mit Johano Strasser, Freitag, 4. Juli, 19.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17,

10785 Berlin. Anmeldung bitte an: forum.mj@fes.de

■ SPD Mitte, **Kinder- und Stadtfest**, Sonnabend, 5. Juli 2008, von 14.00 bis 18.00 Uhr, Fabrik Osloer Straße, Osloer Straße 12, 13359 Berlin

■ SPD Charlottenburg-Wilmersdorf – **Abt. Wilmersdorf, Kiezfest**, mit den Senatorinnen Junge-Reyer und von der Aue, den Senatoren Zöllner und Körting, mit Petra Merkel, MdB, und Christian Gaebler, MdB, Samstag, 5. Juli 2008, von 14.30 bis 18.30 Uhr, Rüdeshheimer Platz

S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRIITZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 8. August, 15 bis 18 Uhr

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de. Nächster Termin: Freitag, 11. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr,

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, **Neues Büro**: Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: Donnerstag, 3. Juli 2008, von 15.00 bis 18.00 Uhr

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **DR. DITMAR STAFFELT**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 687 20 83

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Liniestr. 126, D-10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

1989 - 2009:

Die Dominosteine fallen

Berlin bereitet sich auf den 20. Jahrestag des Mauerfalls vor

Die Vorbereitungen für das kommende Jahr laufen. „Der 20. Jahrestag des Mauerfalls lässt die unmittelbaren Auswirkungen für die Stadt - am augenfälligsten im Stadtbild - und die Rolle Berlins als ‚Stadt des Wandels‘ sichtbar und erfahrbar werden“, sagt Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. Und er kündigt an: Berlin wird den 20. Jahrestag des Mauerfalls im Rahmen eines Themenjahres 2009 würdevoll begehen.

Keine andere europäische Metropole habe in den vergangenen 20 Jahren so tiefgreifende Veränderungen erlebt, stellt Klaus Wowereit fest. „Der Mauerfall 1989 hat nicht nur eine faktische Neugründung der Stadt bewirkt, sondern zugleich eine Neufindung Berlins in Gang gesetzt.“

Friedliche Revolution und der Fall der Mauer waren Ergebnis, aber auch Auslöser für tiefgreifende Veränderungen, die Deutschland und Europa Ende der 1980er Jahre erfassten.

2009 steht die deutsche Hauptstadt im Zeichen dieses Jahrestages. Zahlreiche Veranstaltungen werden das gesamte Jahr über an die Ereignisse 1989/90 und an die Folgen des Mauerfalls erinnern. Die Umsetzung des Gesamtprojekts Berliner Themenjahr 2009 „20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre Berlin im Wandel“ hat die Kulturprojekte Berlin GmbH übernommen. Höhepunkte des durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin geförderten Themenjahres sind:

○ Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution“ zu den Ereignissen 1989/90 vom 7. Mai – 9. November 2009 auf dem Alexanderplatz. Die Robert-Havemann-Gesellschaft präsentiert und würdigt anlässlich des 20. Jahrestags der Friedlichen Revolution die Ereignisse von 1989/90.

○ „Schauplätze“ – 20 Jahre Berlin im



Erinnerung an den Mauerverlauf. Foto: BS

Wandel vom 7. Mai – 9. November 2009, wechselnde Orte im Fokus, u. a. Potsdamer Platz und Helle Mitte. Die Entwicklungen Berlins seit 1989 bis 2009 werden aus Sicht der Stadtentwicklung beleuchtet. Wechselnde Orte sind mit einer riesigen über den Gebäuden schwebenden Markierung gekennzeichnet, während Projektionen, Lichtinstallationen und großflächige Fassadengestaltungen die Veränderungen thematisieren. Kern dieser Präsentation ist eine mobile Info-Box mit Wanderausstellung, Aussichtsplattform und Café, die Treffpunkt für ortsbezogene Führungen in die unmittelbare Umgebung ist.

○ Am 9. November 2009 - Jahrestag des Mauerfalls wird an die historische Bedeutung des Tages erinnert und der ehemalige Grenzverlauf mit zuvor von Berliner Schülerinnen und Schülern gestalteten überdimensionalen Dominosteinen markiert. Zentrales Ereignis des Tages ist ein großes Fest am Brandenburger Tor, bei dem als Höhepunkt die Kette der Dominosteine in sich zusammenfällt. Der Fall der letzten Steine löst ein Feuerwerk aus und anschließend beginnt ein großes Konzert.

Darüber hinaus finden zahlreiche Veranstaltungen verschiedener Institutionen in Berlin statt, die von der Gesellschaft Kulturprojekte Berlin koordiniert werden. **BS** □

➡ Mehr Informationen ab Herbst unter www.mauerfall09.de

KULTURTIPPS

Berliner Bücherfest. Die größte Freiluftbuchhandlung der Welt lädt am 21. und 22. Juni wieder zum Stöbern & Staunen ein. Unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Thierse findet auf dem Bebelplatz zum achten Mal das Berliner Bücherfest statt. Fast hundert Buchhandlungen und Verlage sind mit Ständen vertreten, Literaturbegeisterten werden über 40 Lesungen und Veranstaltungen geboten, es gibt Versteigerungen aus dem Besitz von Autoren. Der Eintritt ist frei. **BS** □

➡ 21. und 22. Juni, 10 bis 20 Uhr Bebelplatz - An der Staatsoper.

Titos Dolmetscher. Als Literat war Ivan Ivanji, Titos Dolmetscher, am Pulsschlag der Politik. Zu einer Lesung und Diskussion mit ihm laden am kommenden Dienstag der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e. V. und der Promedia Verlag. Mit Ivan Ivanji, Schriftsteller, Übersetzer, Diplomat und Journalist, diskutiert Egon Bahr, Bundesminister für besondere Aufgaben unter Willy Brandt. Über fünfzehn Jahre lang hat Ivan Ivanji in den 1970er und 1980er Jahren die Begegnungen von Josip Broz Tito und anderer führender jugoslawischer Politiker mit Staatsmännern des deutschsprachigen Raumes gedolmetscht. Auf diese Weise nahm der Schriftsteller in der Rolle des Übersetzers unmittelbar am historischen Zeitgeschehen teil. Er lernte dabei die interessantesten und einflussreichsten Persönlichkeiten der deutschsprachigen Politik kennen und war Teilnehmer von großen internationalen Konferenzen. Das Buch „Titos Dolmetscher“ ist ein Zeitdokument der besonderen Art. Ivanji ist darin exakter Beobachter, distanziert in der politischen Herangehensweise und dennoch mit großer persönlicher Nähe zu den Repräsentanten der europäischen Politik jener Jahre.

➡ Dienstag, den 24. Juni 2008, 19.00 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr., Eintritt frei, Ausweis erforderlich